



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

42 (25.1.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-183562](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-183562)



# Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich: Dr. Fritz Selbmann, Verlagsdirektor für Baden, Dr. Fritz Selbmann, für  
Württemberg, Hans Selbmann, für Elsaß und den übrigen rechtsrheinischen Teil. Redakteur: Dr. Fritz  
Selbmann, für Baden, Hans Selbmann, für Württemberg, Hans Selbmann, für Elsaß und den übrigen  
rechtsrheinischen Teil. Druck: Dr. Fritz Selbmann, Mannheim. Postfach-Nr. 2017. C. 2017. C. 2017. C. 2017.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Ausgabenpreise: Die 1000. Korrespondenz für den hiesigen Bezirk 10 Pf., für auswärts 15 Pf., für  
auswärts 20 Pf., für Ausland 25 Pf. Anzeigenpreise: Einmalige Anzeigen 10 Pf., tägliche Anzeigen 5 Pf.,  
wöchentliche Anzeigen 30 Pf., monatliche Anzeigen 100 Pf., vierteljährliche Anzeigen 300 Pf.,  
halbjährliche Anzeigen 600 Pf., jährliche Anzeigen 1200 Pf. Die Preise sind ohne Porto zu verstehen.  
Abdruck: Die 1000. Korrespondenz für den hiesigen Bezirk 10 Pf., für auswärts 15 Pf., für  
auswärts 20 Pf., für Ausland 25 Pf. Anzeigenpreise: Einmalige Anzeigen 10 Pf., tägliche Anzeigen 5 Pf.,  
wöchentliche Anzeigen 30 Pf., monatliche Anzeigen 100 Pf., vierteljährliche Anzeigen 300 Pf.,  
halbjährliche Anzeigen 600 Pf., jährliche Anzeigen 1200 Pf. Die Preise sind ohne Porto zu verstehen.

## Die Friedensverhandlungen. Die russische Frage.

Paris, 25. Jan. (W. A.) Die französische Presse legt ein außerordentlich lebhaftes Interesse für die russische Frage an den Tag. Im „Petit Parisien“ sagt Claude Anei u. a.: Ich sehe viele empörte und traurige Leute. Ich habe Mitgefühl mit den verdienten Leuten in Rußland, aber ihre Emigration treibe ich nicht. Ich sehe, wie zahlreiche Notizen aus den Vereinigten Staaten kommen. Wir haben die Art und Weise von Wilsons Vorgehen nicht verstanden. Wilson brauchte zwei Jahre, um sein Land zum Kriege zu führen. Heute habe ich ein dunkles Gefühl, das mir sagt, daß sich etwas Ähnliches vorbereitet. Wilson wollte, daß er Russen und Franzosen nicht mit einander versöhnen konnte. Wilson weiß auch, daß Lenin auf je nen Plan der Diktatur und der Vernichtung des Bürgertums nicht verzichten will.

Paris, 25. Jan. (Havas.) Der Vorschlag Wilsons über das russische Problem besagt, daß die Vertreter der alliierten Mächte die Revolution ohne Rücksicht anerkennen müßten. Der „Petit Parisien“ sagt in einem Kommentar, daß die Erklärung von einer besonders autorisierten Persönlichkeit stamme. Dadurch werden alle Folgen der russischen Revolution anerkannt, soweit sie den Pariser Frieden betreffen. Eine Billigung der Taten der Bolschewisten bedeute dies jedoch nicht.

### Gegen Gewaltanwendungen.

Paris, 25. Jan. (Amtlich.) Nach der gestrigen Versammlung des Obersten Kriegsrates hielten Wilson, die Premierminister des Außern, sowie die Vertreter der japanischen Regierung eine kurze Sitzung ab. Sie stimmten der Veröffentlichung und der radiotelegraphischen Übermittlung abgänger Erklärung zu:

Die Regierungen, die gegenwärtig zu einer Konferenz versammelt sind, um einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, sind sehr bewegt von Nachrichten, die ihnen aus verschiedenen Ländern Europas und des Orients wiederholt zugegangen sind, wonach von der Gewalt Gebrauch gemacht wurde, um von Gebieten Besitz zu nehmen, über deren rechtmäßigen Uebernahme die Friedenskonferenz zu bestimmen berufen ist.

Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung zu ergehen und zu erklären, daß jeder Besitz, der mit Hilfe der Gewalt errungen ist, der Sache derjenigen den größten Schaden zufügt, die zu solchen Mitteln greifen. Dementsprechend die Gewalt anzuwenden, lassen die Regierungen auskommen, daß sie an der Gerechtigkeit und der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen zweifeln, da sie den Besitz an die Stelle des Beweises ihres Rechts zu setzen gedenken und daß sie ihre Souveränität mehr auf die Gewalt gründen wollen, als auf die nationale oder Rassenzugehörigkeit. Damit werfen sie einen Schatten auf einen Rechtsakt, den sie nicht geltend machen könnten und sie betonen ein Mißtrauen gegenüber der Friedenskonferenz. Hieraus können nur die unheilvollsten Ergebnisse hervorgehen. Wenn sie die Gerechtigkeit wollen, so müssen sie auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Forderungen den Händen der Friedenskonferenz überlassen.

### Der Völkerbund.

Paris, 24. Jan. (Reuter.) Die britischen Delegierten haben sich vereint erklärt, solche Probleme, wie die Zukunft des Bosphorus, Palästinas und der deutschen Kolonien an den Völkerbund zu verweisen, sobald dieser zustande gekommen ist, damit sie nicht die Zeit der Friedenskonferenz in Anspruch nehmen. Daraus geht hervor, daß die Briten keine territorialen Forderungen aufstellen beabsichtigen, die mit den Wünschen des Völkerbundes unvereinbar sind.

## Aus den Waffenstillstandsverhandlungen.

### General von Winterfeldt zurücktreten.

Berlin, 24. Jan. (W. A.) In der heutigen Sitzung in Spaas kündigte General von Winterfeldt an, daß er von seinem Posten als Militärkommandant der deutschen Waffenstillstandskommission zurücktreten werde. Der Reichstag hat eine Erklärung des Reichstages beschlossen, welche General von Winterfeldt zurücktreten ließ. Er erklärte darin kurz, daß er nicht die Ehre von Straßburg auf dem Grund der Vereinbarung der letzten Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 1. Februar abends 6 Uhr ab besetzt werden wird.

General von Winterfeldt erklärte ferner: Ich habe Herrn General von Winterfeldt in einer privaten Unterredung mitgeteilt, daß ich in der Befehlsbefugnis in einem demnächstigen Bescheid gegen die Arbeiter der Kommissarischen leben würde, daß ich an dem Tage, an dem der Befehl gegeben wird, von meinem Posten abgetreten zu werden bitte. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetreten.

General von Winterfeldt erwiderte, ich kenne nicht einen der Gründe, die mich dazu zu meiner Abdankung bestimmen könnten, aber ich bin nahezu sicher, daß die Maßnahmen in seiner Weise auf die Arbeiter der Kommissarischen gründen. Eine den Schritt des Generals von Winterfeldt einem Urteil unterliegen zu lassen, muß ich das sagen und zwar rein persönlich, daß ich eine solche Aufschüttung des Wassers nicht. Es freut mich, die vollendeten Taten der Verhandlungen, die zwischen uns abgehandelt, anerkennen zu können.

## Die amerikanischen Lebensmittellieferungen für Deutschland.

Nach Meldungen aus Triest über die vorerwähnten Lebensmittellieferungen für Deutschland sollen wir zunächst 200.000 Tonnen Brotgetreide erhalten. Das ist die Menge für unsere Volksernährung bedeutet, erkennt man aus einem Vergleich mit der Einfuhr von Brotgetreide im letzten Jahre vor dem Kriege. Unter Berücksichtigung unserer sehr bedeutenden Ausfuhr an Roggen und der Ausfuhr von Weizen, die etwa den 3. Teil der Einfuhr ausmacht, hatten wir im Jahre 1913 einen Einfuhrüberschuß von 1,4 Milliarden Tonnen Brotgetreide. Die uns jetzt in Aussicht gestellten 200.000 Tonnen bedeuten mithin nur den kleinsten Teil der Jahreseinfuhr vor dem Kriege.

Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß wir im Jahre 1913, ebenso wie in dem vorausgegangenen Jahre, eine ungewöhnlich gute Ernte hatten. Unser Einfuhrbedarf war infolgedessen verhältnismäßig gering. Wenn also unserer Volksernährung eine durchgreifende Hilfe zuteil werden soll, dann bedarf es im Laufe dieses Wirtschaftsjahres noch weit größerer Mengen an Brotgetreide. Ferner sind uns 70.000 Tonnen Schweinefleisch in Aussicht gestellt. Hier ist ein Vergleich mit der Friedenszeit kaum möglich, weil Deutschland in normalen Zeiten den überwiegenden Teil seines Bedarfs an Fleisch aus der eigenen Viehzucht deckt. Im Jahre 1913 wurden rund 21.000 Tonnen Schweinefleisch und 32.000 Tonnen Rindfleisch eingeführt. Die in Aussicht stehenden 70.000 Tonnen Fleisch würden mithin unsere Einfuhr im Jahre 1913 um 17.000 Tonnen übersteigen.

### Die Versorgung Europas mit Lebensmitteln.

Washington, 24. Jan. (Reuter.) Die Gesetzesvorlage betreffend Bewilligung von 100 Mill. Doll. für die Versorgung Europas und des nahen Orients mit Lebensmitteln ist jetzt auch vom Senat angenommen worden.

### Das fremde Eigentum in Amerika.

c. Von der Schweizer Grenze, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Der amerikanische Pressedienst meldet aus Washington: Palma, der Verwalter fremden Eigentums in der Union, empfahl dem Kongress, daß das deutsche Eigentum, welches nach der Kriegserklärung mit Beschlag belegt wurde, dazu benützt werde, die amerikanischen Ansprüche gegenüber Deutschland für den durch die deutschen Beschlagnahmen erlittenen Schaden zu befriedigen. Dieses Eigentum hat einen Wert von 2,5 Milliarden Dollar und Palma glaubt, es werde zur Befriedigung aller amerikanischen Ansprüche genügen.

## Die Rückkehr der Monarchie in Portugal.

c. Von der Schweizer Grenze, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Die Schweizer Blätter melden von der spanischen Grenze: Die portugiesischen Hafenstädte und 2/3 des Landes sind von den Monarchisten besetzt. Die Regierungstruppen halten noch den Hafen und die Hauptstadt Lissabon, sowie die Bahnlinie von Lissabon nach der spanischen Grenze besetzt.

Havas meldet aus Lissabon: König Manuel ist an Bord eines Kriegsschiffes auf der See in Lissabon eingetroffen. Die Monarchisten scheinen jetzt überall die Oberhand gewonnen zu haben. Die Monarchie dürfte in wenigen Tagen in Lissabon verklärt werden.

## Die Republik Irland.

Bern, 24. Jan. (W. A.) Im Gegensatz zur Nationalzeitung, die jeden Frieden als mit dem Schandmal der Ungerechtigkeit behaftet erklärt, der Irland vergesse, verhält sich die übrige schweizerische Presse in ihren Kommentaren über die Aussetzung der irischen Republik sehr zurückhaltend. Die „Basler Nachrichten“ finden, daß die Iren durch ihre Machenschaften gegen den Krieg und ihre hochverräterischen Intrigen mit dem kaiserlichen Deutschland sich in der englisch sprechenden Welt große Sympathien verschert hätten. Die Blätter glauben daher, daß die englische Regierung die Bewegung wird gewähren lassen, und erst dann, wenn sie aktiv würde, eingreifen würde.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ stellt fest, daß Wilson sich bisher in der irischen Frage recht kühl gezeigt habe. Das Blatt bleibt dabei, daß England die Errichtung einer irischen Republik, falls die irische Frage in Gütte gelöst würde, nicht einmal ungern sehen würde, vorausgesetzt allerdings, daß Ulster nicht in die neue irische Republik einverleibt würde. In diesem schmerzlichen Problem werde auch diesmal vermutlich die Lösung scheitern.

c. Von der Schweizer Grenze, 25. Januar. Reuter meldet aus London, die sogenannte irische Nationalversammlung hielt in Dublin eine Geheimversammlung ab, an der 24 Deputierte teilnahmen. Es wurde ein Ministerpräsident und 4 Minister ernannt.

## Der Verfassungsentwurf.

Rein, 25. Jan. (Von unv. Berlin. Büro.) Im Reichsamt des Innern findet heute die Sitzung der Reichsregierung, der preussischen Minister und der Vertreter sämtlicher Freistaaten statt. Es waren gegen hundert Vertreter amwesend. Die Versammlung wurde von Ebert eröffnet u. präsiert. Zur Diskussion steht der Verfassungsentwurf und die Denkschrift des Staatssekretärs Preuss. Die Verhandlungen begannen mit längerer Ausführungen des Staatssekretärs, der sich im wesentlichen auf den ersten Teil des Verfassungsentwurfs beschränkte, der das Reich und die deutschen Freistaaten behandelt und in dem das vielumstrittene Thema der Aufteilung Preussens enthalten ist.

Staatssekretär Preuss bedauert, daß der Entwurf gerade zu einer Zeit veröffentlicht worden ist, wo sich eine irrupellose Wahlagitatorik seiner bemächtigt und seine Leitgedanken in demagogisch-agitatorischer Weise verflücht hätte. Das alte Preußen sei ein Produkt der königlichen Handmacht gewesen und es in dieser Form zu erhalten, hätte nur für die ein Interesse, die für das königliche Preußen eintreten. Das Wort vom Nationalstaat in den einzelnen Bundesstaaten sei von dem reaktionärsten Mitglied der reaktionärsten Versammlung, vom Feldmarschall Werder auf dem Wiener Kongress geprägt worden. Es sei nicht nötig, daß dieses Schlagwort heute von der Demokratie übernommen werde.

Nach Preuss verdrängte Ebert die ganze Versammlung zu isolieren, indem er sie auf den Entwurf eines Notgesetzes festlegen wollte, das an Stelle des preussischen Entwurfs treten sollte. Ebert, der nach dem Ergebnis der Wahlen in seiner eigenen Heimat nur eine verhältnismäßig geringe Mehrheit hinter sich hat und kaum legitimiert ist die Wähler verantwortlich zu machen, glaubte sogar gleichfalls auch im Namen Württembergs und Sachsens das Wort ergreifen zu dürfen

und die Versammlung auch im Namen dieser anderen Bundesstaaten auf keinen Vorstoß festlegen. Er wurde sofort von den Vertretern Sachsens und Württembergs desavouiert. Beide erklärten, daß sie dem Ebertschen Entwurf nur für den Fall zugestimmt hätten, daß der Preussische Entwurf von vornherein von der Versammlung abgelehnt werde. Sie hätten nur für den Eventualitätsantrag Eberts gestimmt, nicht aber einen Vorstoß gegen den Preussischen Entwurf gemacht. Ebert wies den Versuch Eberts die Nationalversammlung zu räumieren und den Ebertschen Entwurf zum Beschluß zu erheben, nachdrücklich zurück. Beschlüsse konnten heute nicht gefaßt werden und der Preussische wie der Ebertsche Entwurf ständen lediglich zur Diskussion.

Darauf sprach Minister Hirsch im Namen des preussischen Ministeriums. Er führte u. a. aus: er würde den Preussischen Entwurf einseitig zu Ungunsten Preussens und zugunsten der süddeutschen Bundesstaaten. Wenn schon vereinbart werden sollte, müsse man das ganze Reich zu einem Einheitsstaat zusammenschmelzen.

### Der Sturm gegen den Verfassungsentwurf.

Berlin, 25. Jan. (W. A.) Im „Vorwärts“ wird der Sturm gegen den Verfassungsentwurf von Prof. Radbruch besprochen und schließlich gefaßt: Bei der Sozialdemokratie steht fest, daß sie mit Festigkeit verstanden wird. Den Entwurf Preuss durchzuführen, der den einzigen Ausweg aus sonst unlöslichen Schwierigkeiten weist.

Im „Volkswacht“ heißt es über die geistige Besprechung der preussischen Staatsregierung: Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Verfassungsfrage. Es herrschte eine mäßige Beurteilung des Entwurfs, der die Zerstückelung Preussens vorsetzt. Alle Redner hätten betont, daß es geradezu ein Unheil für das ganze Reich wäre, wollte man den ohnehin bestehenden Partikularismus durch eine Aufteilung Preussens vergrößern. Der „Volkswacht“ meint, es bleibe zu wünschen, daß die preussische Regierung auch weiterhin nach den Wahlen so fest bleibe, daß ihr Widerstand auf die Reichsregierung den nötigen Eindruck mache.

### Sitzungen des Zentralrats.

Berlin, 24. Jan. (W. A.) In den Sitzungen des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik vom 23. und 24. Januar wurde außer einer großen Anzahl weniger wichtiger Angelegenheiten folgendes beraten:

1. Dem Entwurf einer Verordnung betreffend die Einrichtung von Kraftfahrzeuggleisen wurde die Zustimmung erteilt.
2. Dem Entwurf einer Verordnung über die Einziehung, Entlassung und Auflösung der Anstellungen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung wurde nach längerer Beratung und nach Beschluß einiger Änderungen zugestimmt. Gängere Erörterungen verhielten sich mit der wirtschaftlichen Lage im Reich. Die Beratungen über diesen Gegenstand wurden vertagt.

Der Zentralrat beschloß zu dem Begrüßung des Reichs als seine Vertreter zu senden.

Überdem hatte der Zentralrat eine Sitzung mit dem preussischen Staatsminister, in der über den Verfassungsentwurf, über das Gemeinwohlrecht, über den Ort der Nationalversammlung, über den Zusammenschluß der preussischen Landesparlamente und über die in dem ursprünglichen Verfassungsentwurf des Unterstaatssekretärs Dr. Preuss vorgeschlagene Aufstellung Preussens beraten wurde. Es zeigt sich, daß das preussische Staatsministerium einmütig gegen die Aufteilung Preussens ist.

In der kommenden Woche werden mit der Reichsregierung und dem preussischen Staatsministerium Beratungen über den der Nationalversammlung vorzuliegenden Verfassungsentwurf stattfinden.

### Für die Reichseinheit.

Worms, 25. Januar. (Priv.-Telegr.) Die Wahlen zur heftigen verfassunggebenden Volksversammlung finden am morgigen Sonntag statt. Die Wahlbewegung war sehr lebhaft. Seitdem Abend fand eine große Versammlung statt, die die Verfassung der Deutschen Volkspartei (Liberale) hat, in der Dr. Bernaggs aus Mannheim im glänzenden Vortrag, der sehr oft von hiesigen Beifall unterbrochen wurde sprach. Der Vorsitzende des Vereins, Rechtsanwalt Dingeldey, protestierte in scharfer Weise gegen die Absicht, eine preussische Staat zu errichten, ebenso gegen die Errichtung einer linksrheinischen Republik und gegen die Errichtung eines großpreussischen Staates. Das Hessenland wolle seinen Bestand und seine bundesstaatliche Freiheit im Rahmen des Deutschen Reiches erhalten.

## Rückkehr zur Veranast oder Katastrophepolitik?

Der politische Umsturz in Deutschland ist im Grunde zu einer Lohnfrage geworden. Durch diese wurde schon vor dem Kriege und wird ebenso noch heute das Volk in feindliche Interessen gespalten. Kampf des Arbeitgebers, Kampf der Lohnarbeit, Befreiung von der Fabrikfrönde — das war und ist die Lösung. Das Ziel der inneren und äußeren Befreiung des Arbeiters wird aber nicht erreicht, wenn der Geist der Arbeit selbst nicht befreit und gereinigt wird. Der Gedanke, Werte zu schaffen, muß bei dem einsichtigen Arbeiter wieder zur Geltung kommen, er muß sich bewußt werden, daß auch er an seinem Teil mit berufen ist — mag er hinter dem Schraubstock, an der Maschine, an der Pflanzschar stehen oder Balken tragen — zur Erhöhung menschlicher Kultur und Befähigung beizutragen.

Von der Durchführung dieser Forderung scheint unsere heutige trübe Zeit fern zu sein. Was wir in diesen Wochen erlebten, hätte man noch vor kurzem vielleicht niemals in der Welt, aber nie und nimmer in dem granitartigen festgefrorenen deutschen Reich erwartet. Erleben muß wieder ein Geist der Einmütigkeit, des Verbundenseins mit einander, der Wille zusammenzuhalten zu menschenfördernder Arbeit. Die Industrie und jegliche Arbeit des Geistes und der Hand bringt Werte hervor, erneuert Wohlstand, Kultur und Befähigung, sie ermöglicht es der Gesamtheit, Wohlstand auch den Hinterbenutzten zu schaffen. Eine Brücke ist zu schlagen zwischen dem was war und sein wird, eine Vermittlung zwischen der primärwirtschaftlichen und der sozialistischen Ordnung, die in erster Linie eine Wirtschaftsreform erfordern wird. Es kommt nicht darauf an, wie stark der Tropfen sozialistischen Feils sein wird, den man in den Wermut unserer künstlichen Wirtschaftsnot trüffeln wird, sondern es gilt, daß in Verfasslichkeit und in einander Berührung der gesamte Arbeiterstand den großen Schritt, den ihnen die frühere bürgerliche Gesellschaft entgegenkommt, würdigt und überreicht sich nicht aus Prinzipienreiterei auf die Durchführung theoretischer Dogmen verweist, die im Augenblick der Zerrüttung ohne schwersten Schaden



für die gesamte Gemeinschaft nicht durchzuführen sind, ferner ist Klarheit der Ziele zu erstreben in jeder Form, dann wird der deutsche Futurismus in organischer, lebendiger Fortentwicklung des bisherigen Reiches der Gesamtheit Frieden und Wohlstand schaffen.

Laine, der französische Historiker, schreibt in seiner „Antike und des modernen Frankreichs“, eine aufregende Körperschaft, vornehmlich eine konstituierende Versammlung, bedürfte nach außen der Sicherheit und Unabhängigkeit, nach innen der Ruhe und Ordnung. Sie bedürfte ferner kompetenter, anerkannter Führer des höchstmöglichen Naches von Kaltblütigkeit, gelunden Sinnes, des praktischen Verstandes und der Disziplin. — All diese Dinge fehlten im Augenblick bei uns leider völlig, und niemand kann sagen, wozu die Verhältnisse uns noch treiben werden. Es gilt also, wenn wir nicht alle miteinander umkommen sollen, tatsächlich Ruhe, Disziplin, kaltes Blut und gelunden Sinn zu bewahren, um die Möglichkeit, eine feste deutsche Staatsform wieder zu schaffen, nicht völlig zu untergraben. Die Arbeiterschaft hat das Heft in der Hand, bei ihr steht es ganz allein, die neue Regierung, die uns die Rationalisierung bringen wird, zu führen und die Einführung allgemeiner Zustände herbeizuführen, oder aber aufreizenden Demagogen zu folgen und damit uns alle in Hunger, Not und Elend zu stürzen.

Das Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften merkt sich in seiner Nr. 2 unter vorstehender Überschrift mit Nachdruck gegen die übertriebenen Lohnforderungen, die heute erhoben und mit expressiven Gewaltmitteln durchgedrückt werden. Diese Forderungen seien nicht mehr bloß Forderungen, sondern gemeingefährlicher Wahnsinn. Würde dem nicht bald und gründlich Einhalt geboten, dann sei der wirtschaftliche Zusammenbruch, der völlige Ruin und die Katastrophe unermesslich.

Die Gewerkschaften müssen offen erklären, daß sie mit der ganzen gefestigten faschistischen Politik nichts zu tun haben wollen. Sie sind dazu da, den Arbeitssinn wie überhaupt die heimliche Volkswirtschaft mit organisieren zu helfen. Das verlangt gerade in diesem Augenblick eine weite Mäßigung, die allein den allzu häufigen Wiederaufbau zu gewährleisten imstande ist. Selbstverständlich verlangen wir alle Gewerkschaften eine ausreichende Entlohnung der Arbeiter, die mit ihren Bedürfnissen in Einklang steht. Allein, zwischen dieser Forderung und dem unsmittigen Verlangen, wie es heute noch bei einem hohen Naches überall auftritt, besteht ein blutiger Unterschied. Es wird die höchste Zeit, daß auf dem Wege der arbeitssinnvollsten Verständigung zwischen den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter erstrebte nach Mitteln zur Unterbindung der augenblicklichen Situation gesucht und ein vernünftiges Einlenken versucht wird. Die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter müssen jetzt beschließen, daß sie zu solcher Politik bereit sind, aber auch die Kraft zur Durchführung besitzen. Lieber allen Interessen des Eigenen steht das Wohl unseres Volkes und unseres Vaterlandes. Seit dem Tage, wo die Revolution über uns hereinbrach, ist es dies anscheinend in noch stärkerem Maße geworden und außer acht gelassen worden, als in der unglückseligen Kriegszeit. Wir als christliche Gewerkschaften haben die erste Pflicht, alles daran zu setzen, um wieder vernünftige Grundzüge zur Geltung zu bringen. Von weiteren Mitgliedern verlangen wir, daß sie sich den Wünschen der durch die Revolution freierhaft aufgeweckten Phantasie mit Mut und Entschlossenheit entgegenstellen. Wir haben jetzt einen „Krieg“ in der Heimat durchzuführen, der in mancher Hinsicht weit schlimmer ist, als der mit Kanonen und Bajonetten geführte Weltkrieg. Jetzt handelt es sich um einen Kampf der Geister, in dem der ganze Mensch, ohne Einschränkung, eingesetzt werden muß. Es soll darauf geachtet werden können, daß die christlichen Gewerkschaften in einem Augenblick, wo die wirtschaftliche Katastrophe droht, festge oder ängstlich zurückgehalten können!

Rechtliche Maßnahmen richten auch sozialdemokratische Gewerkschaften an ihre Mitglieder. Wenn man aber wie die Sozialdemokratie den Massen jahrzehntelang nur Klassenkampf und Klassenhaß gepredigt, muß man sich jetzt nicht wundern, daß diese Massen von Gemeinmüt und allgemeiner Volkssolidarität nichts wissen wollen. Nichtbewußtsein und Verantwortungsgelöbte wachsen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes.

Die Kohlenkrise.

Berlin, 24. Jan. (WA.) Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Kohlenkommissars von Groß-Berlin wegen Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauches heißt es in der Welt. Anz: Die Reichsregierung hätte mit der Absicht, mit Zwangsmaßnahmen gegen das Überhandnehmen der Arbeitslosigkeit vorzugehen, nicht erst heute, sondern schon vor Wochen kommen müssen. Hand in Hand mit der Reichsregierung hätte sich der Kohlenkommissar damit nicht begnügen dürfen den Ausgang der Förderer sowohl in Oberschlesien, als auch im Rheinland stillschweigend zur Kenntnis zu nehmen, sondern es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um die Gefährdung der Kohlenversorgung zu beseitigen. Es wird uns berichtet, daß die gesamten Kohlenverhältnisse, die durch die neue Einschränkung maßloserweise erzielt werden, das Ende der Kohlenversorgung Berlins nur auf höchstens 2 Tage hinauschieben würde.

Anrufen in Hamburg.

Hamburg, 25. Januar. (WA.) Gestern fand eine von mehreren tausend Personen besetzte Versammlung statt zur Gründung einer antisozialdemokratischen Liga. Die Redner wurden aber von Sozialisten niedergedrückt und die Versammlung gesprengt. Nach der Versammlung zogen die Friedensförderer zum Stadthaus, in das sie einbringen versuchten, woran sie aber durch Schreckhafte und Reichsbanner verhindert wurden. Bald darauf zerstreute sich die Menge.

Die Beerdigung Liebknechts.

Ruhe in Berlin.

[] Berlin, 26. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) Die Absicht der Unabhängigen und der Sozialisten aus der Belegung Liebknechts und der anderen bei den Straßenlämpfen Gestörten eine anführerische Kundgebung zu machen, ist aktuellerweise von der Regierung mit starker Hand durchkreuzt worden. Wir hatten schon gemeldet, daß bereits gestern Abend die Abperrungen begonnen hätten. Sie waren in den Morgenstunden dann noch verstärkt worden. Klammern, an allen Zugängen zur Siegesallee standen bewaffnete Posten und so mußten die Versammler dieser unfeierlichen Trauerfeier und die mehr oder weniger Eingeladenen, die sich an ihr beteiligen wollten, unverrichteter Sache abziehen. Bald nach 1 Uhr war das schwierige Werk so gut gelungen, daß die Abperrungen zum Teil bereits wieder aufgehoben werden konnten. Der Aufruf zur Beerdigung der Unabhängigen ist heute nur in sehr geringem Umfange Folge geleistet worden.

Berlin, 25. Jan. (W. A.) Mähre klärt sich auf den großen Berlin. Der Himmel zeigte ein grünlich graues Gesicht in den ersten Morgenstunden des Sonnabends. Wie an allen

Werten ist die Lebenswille Bevölkerung auf den vorliegenden Stand zu setzen. Je näher man jedoch dem Stande der Dinge, desto drückender wird man daran erinnert, daß heute der Tag der Beerdigung Liebknechts ist. Abteilungen von Heeresabteilungen, wohl bewaffnet und im Stahlschutze, werden durch die inneren Stadt ab. Nur die, welche man heute haben, dürfen passieren. Je näher die Mittagsstunde herannäht, desto mehr schließen sich in den Straßen die Truppen der Arbeiter, die als Überwachung ihrer Kollegen an der Beerdigung teilnehmen wollen.

Die Polizei, die Abperrungen nehmen an dem Begräbnis teil, im übrigen wird gearbeitet. In Kraft gegen arbeitslose und radikalisierte Elemente wird ein geordnetes kampfliches Truppenaufgebot schon auf dem Wege sein. Für die Abperrungen sind alle in Berlin vorhandenen Truppenteile in Anspruch genommen. Vor 10 Uhr morgens wurde schon mit den militärischen Abperrungen begonnen. Sie waren in der inneren Stadt so angeordnet, daß eventuelle Unruhen gegen die Wilhelmstraße von vornherein schon unmöglich gemacht sind.

Aus dem Parteileben.

Gründung einer deutsch-liberalen Volkspartei in Heidelberg.

Heidelberg, 25. Januar. (W. A.) Gestern Abend fand sich eine zahlreiche Versammlung der Ortsgruppe Heidelberg der Deutschen Liberalen Volkspartei zusammen, an der auch einige Gesinnungsgenossen aus Mannheim teilnahmen. Die Entscheidung für den Anschluß an die große Deutsche Volkspartei kam in lebhaftem Austausch. Geführt wurde sie hauptsächlich durch Herrn Dr. Curtius, der die Grenzlinie zwischen dem Liberalismus und dem Demokratismus zeichnete, und Herrn Geh. Ratsrat Professor Dr. von Schubert, der die Notwendigkeit bewies, den rationalen Maßstaben neben dem Rechtsmaßstab zu betonen. Andere Redner folgten in der Besprechung, die sich bis 11 Uhr auszudehnte.

Letzte Meldungen.

Die Rückkehr der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Berlin, 24. Jan. Die alliierten Kommissionen überreichen in der Vollziehung am 23. Januar die deutschseits geforderte Mitteilung über ihre Stellungnahme zur Rückkehr der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Der Vorsitzende der alliierten Waffenstillstandskommissionen erklärte darin überein, daß nur die interalliierten Regierungen über den allgemeinen Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen zu entscheiden haben. Dagegen wird der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission aufs nachdrücklichste vorschlagen, die deutschen Verwundeten und Kranken so schnell wie möglich heimzuschaffen.

Die alliierten Kommissionen seien auch bereit, die von der deutschen Kommission gewünschte Liste sämtlicher Kriegsgefangenen von ihren Regierungen einzufordern.

General von Winterfeld.

[] Berlin, 25. Januar. (Von unv. Berliner Büro) Staatssekretär Engelke hat ein Telegramm an den General von Winterfeld geschickt, in dem er ihn unter Aufforderung der Reichsleitung dringend bitten, sein schweres Amt weiterzuführen.

Bewegungsfreiheit Madensens erlaubt.

m. Elberfeld, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Nach einer Budapest Depesche der „Kölnischen Zeitung“ erlaubten die Franzosen Madensen durch Entfernung des Drahtverhaues sich frei zu bewegen und mit seiner Familie Besuche zu wechseln.

Pariser Blätter für die Beurteilung des früheren Kaisers.

m. Elberfeld, 25. Januar. (Priv.-Tel.) Laut der Kölnischen Zeitung befehlen die Pariser Blätter auf die Beurteilung des früheren Kaisers. Leo Bourgeois versichert, die Strafverfolgung sei zulässig nach Art. 6 des Haag-Abkommens.

Wichtig für alle Eisab-Lothringer!

Berlin, 5. Jan. (WA.) Alle Eisab-Lothringer mit Ausnahme der Demobilisierten, welche in Eisab-Lothringen anfallen, haben etwaige Einzelgesuche zur Ordnung ihrer Angelegenheiten, zur Abholung ihrer Familien oder ihres Besitzes, sowie zu anderen Zwecken an die Deutsche Waffenstillstandskommission, Berlin W. 9, Rudolphstraße 14, zu richten. Diese leitet die Gesuche an die zuständige französische Behörde, welche die Entscheidung trifft.

Strassenbahnerstreik in Paris.

Paris, 24. Jan. (WA.) Havasmeldung. Die Angestellten der Strassenbahn und der Anonimbildschilde sowie die Konduktoren der Metropolitan- und der Nord- und Südbahn haben den Streik beschlossen. Der Streik ist auf allen Pariser Verkehrslinien fühlbar. Fast allgemein ist der Streik auf der Metropolitan- und der Nord- und Südbahn.

Bildung einer neuen türkischen Regierung.

London, 25. Jan. (WA.) Einer Meldung der Central News aus Konstantinopel zufolge wird die türkische Regierung zurücktreten.

Man erwartet, daß Tewfik Pascha ein neues Kabinett bilden wird, in das eine größere Zahl von Gegnern des Komitees für Einheit und Fortschritt aufgenommen werden soll. Dieses Komitee versucht nach immer zu verhindern, daß diejenigen, die für die armenischen Massaker verantwortlich sind, bestraft werden.

Generalstreik der arbeitenden Bevölkerung wegen Grausamkeiten der Rumänen.

Budapest, 24. Januar. (W. A.) 32000 siebenbürgische Bergarbeiter, sämtliche städtischen Beamten Siedelbürgen, sowie alle Beamten, Angestellte und Arbeiter der Eisenbahn und des Post- und Telegraphendienstes haben die Arbeit eingestellt, bis sie solange nicht wieder aufgenommen werden, bis die Grausamkeiten der Rumänen in Siebenbürgen aufhören.

Kämpfe zwischen Tschechen und Polen.

[] Berlin, 25. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Am 23. Januar griffen in großen Abteilungen tschechische Truppen die bei Obergberg stehenden polnischen Truppen an. Es kam zu einem hartnäckigen, den ganzen Tag dauernden Gefecht, in welchem die Polen in die Flucht geschlagen wurden. Der Bahnhof Obergberg

wurde von den Tschechen nach hartem Kampfe genommen und befindet sich nunmehr fast in tschechischen Händen. Am Nachmittag nahmen die Tschechen die Stadt Obergberg in Besitz.

Die Polen ziehen sich in regelloser Flucht gegen Biele zurück. Wir haben also die Tatsache, daß um deutsches Volksgebiet sich zwei slavische Völker die Köpfe zer schlagen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung läßt sich allerdings von militärischer maßgebender Seite versichern, daß es sich nur um ein schwaches Detachement handeln könne. Von deutscher Seite seien alle notwendigen Maßnahmen getroffen.

Das eingeschlossene Bulgarien.

c. Von der Schweizer Grenze, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Der Berner Bund meldet: Seit dem Durchbruch der magyarischen Front im September 1918 hört man von den Bulgaren fast nichts. Die Feinde Bulgariens haben das Land total eingeschlossen und sie lassen keine Korrespondenz durch mit Ausnahme einiger Postkarten und kurzer Depeschen, die nur mit großer Verzögerung nach der Schweiz gelangen. Zahlreiche Bulgaren, die in der Schweiz leben, wissen nichts von ihren Angehörigen und sind in großer Sorge.

Der gefährdete Bolschewismus.

c. Von der Schweizer Grenze, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Die Neue Korrespondenz meldet aus Kopenhagen: In Kopenhagen trat ein außerordentlicher Kongress der Sowjet zusammen, um über die Haltung gegen die äußeren und inneren Feinde des Bolschewismus Beschlüsse zu fassen.

Deutsch-englischer Notenausgleich.

c. Von der Schweizer Grenze, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Die neue Korrespondenz meldet aus Paris: Eine englische Note an die deutsche Regierung bezüglich der Polen Schlesiens, Posen usw. wies darauf hin, daß die General durch die Friedenskonferenz, wegen der Unfähigkeit der Deutschen, die Provinz mit gemischter Bevölkerung zu regieren, gezwungen werde. Die deutsche Regierung antwortete, daß sie die Wünsche getan habe, um den Forderungen der Polen gerecht zu werden. Sie lagt ihrerseits die Polen an, die Deutschen herauszufordern. Bezüglich des Vorgehens von Baderowick und des englischen Obersten W. des in Posen erklärte die deutsche Regierung, daß die Ereignisse in dieser Provinz sie zwingen, militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu treffen.

Belegung des Reichs-Präsidentenpostens.

Karlstraße, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Am 23. Januar Nachmittag 5 Uhr werden die Franzosen den Reichs-Präsidentenposten belegen. In der Belegungsbüro liegen die Stadt und eine Reihe kleiner Dörfer, dagegen wird der Bahnhof Rosenheim nicht mitgenommen in die Belegungsbüro fallen.

Beendigung des Zeitungsstreiks in Heidelberg.

Heidelberg, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Die von dem dortigen Syndikat des allgemeinen Arbeitgeber-Verbandes für die Kreise Heidelberg und Mosbach, Doktor Ostoff, angebahnten und geleiteten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Buchdrucker Gewerbe haben gestern Abend zu einer befriedigenden Einigung geführt. Die Arbeit ist heute in allen Druckereien wieder aufgenommen worden. Prinzipale und Gehilfen haben sich dahin geeinigt, sich der Entscheidung des Demobilisierungskommissars zu fügen.

[] Berlin, 25. Januar (Von unv. Berl. Büro). Wie der „A. Z.“ über Zürich aus Paris gemeldet wird, bilde das Hauptamt des alliierten Kommissars der Friedenskonferenz das Wortlaut des Friedensvertrages mit Deutschland.

Bern, 25. Jan. (WA.) Die französische Kammer debattiert am Dienstag das Gesetz über die Kriegsschulden, wobei in der Beratung über die Festsetzung einer zu leistenden Anzahlung an die Kriegsgeldbesitzer der Sozialist Marin vorschlug, daß den Schmerschuldigen sofort 25 Prozent des Schadens in bar bezahlt würden. Der Finanzminister erwiderte, daß man angesichts der ungeheuren Ausgaben von mehreren Milliarden warten müsse, bis Deutschland bezahlt.

m. Köln, 24. Jan. (Priv.-Tel.) In dem Siegener Ort Müdersbach fanden spielende Kinder am Siegener Ort 10.5. 3 km. Granate, die nach Hammerschlägen explodierten. Vier Knaben wurden tödlich in Siegen getötet. Die Geschosse waren vom U. u. S. Rat unverantwortlicher Weise in den Tonnenwald gebracht worden.

[] Heidelberg, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Für den Grenzschutz sind bisher von hier zwei Transporte mit Heidelberger Freiwilligen abgegangen. Wie aus Ostpreußen gemeldet wird, sind die Heidelberger von der dortigen deutschen Bevölkerung gut aufgenommen worden.

Handel und Industrie.

Dampfkehl-Abrik vorm. Arthur Rodger A.-G. in Darmstadt. In der heute nachmittag 4 Uhr im Sitzungssaal der Mannheimer Bank abgehaltenen Generalversammlung, in der 431 Stimmen vertreten waren, wurden die Regularien einstimmig und debattielos genehmigt und Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Es gelangt darnach eine Dividende von 10% zur Ausschüttung. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Direktion für ihre Mithaltung der Dank der Aktionäre ausgesprochen. Die turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren wurden einstimmig wiedergewählt.

Holzverkäufe der Holzverwaltung.

Die Holzverwaltung beabsichtigt vor kurzem einen weiteren Verkauf von Holzern, die sich auf verschiedenen Sammelplätzen befinden. Es handelt sich dabei um insgesamt etwa 30000 Kubikmeter Holz. Es handelt sich dabei um insgesamt etwa 30000 Kubikmeter Holz. Der Zentralverband von Vereinen deutscher Holzinteressenten, der Verein Ostdeutscher Holzhändler und Holzindustrieller und der Verein Sächsischer Holzindustrieller waren um Angebote für Rechnung der von ihnen vertretenen Mitglieder ersucht worden. Man konnte sich jedoch nach längeren Verhandlungen wegen der Preise und sonstigen Bedingungen nicht einigen. Von verschiedenen Seiten wurde wegen der Unsicherheit des Geschäfts eine Beteiligung des Reiches verlangt, die indessen Ablehnung fand. Sicher hat das Holz daher keinen Absatz gefunden. Es war ein Gebot von 40 M. für den Kubikmeter abgegeben worden, das indessen für zu niedrig bezeichnet wurde, da der Einkaufspreis sich durchschnittlich auf etwa 100 M. stellt hat.







Künftige Verordnungen der Stadtgemeinde

Montag, den 27. Januar gelten folgende Verordnungen:
1. zur 1. Verordnung:
Brot: Für 1/2 Pfund Brot die Brotmarken 1-2...

Zur Abgabe sind bereit:
Fehlnoten: 11 Serie (125 Gramm) für die Fehlnotenverkaufsstellen 1-1099.

Kraut abrot:
Der Weißbroterwerb hat in Mannheim eine Preissteigerung erfahren, die nicht länger aufrecht erhalten werden kann...

Rückgabe erbeutlicher Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke durch Offiziere usw.
Nach Ziffer 14 des Merkblattes über die Verfolgung der Offiziere mit Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken...

Die Kerze sind durch die Lasten gebildet, in den dringenden Fällen den Austausch des wöhnlichen Strohs in Weichholz zu erfordern...

Bekanntmachung über Verteilung holländischer Bestände von Weib-, Bier- und Strickwaren (Kommunalware).
Die Stadtgemeinde ist in der Lage, größere Bestände von Weib-, Bier- und Strickwaren zu billigen Preisen an die Bevölkerung abzugeben...

Zum Bezug der Kommunalware sind nur Einwohner der Stadt Mannheim berechtigt, und zwar:
a) für Frauen die über 14 Jahre alten mütterlichen Einwohnerinnen mit einem Anspruch auf 2 Paar...

Die Abgabe und Entnahme der Kommunalware darf nur gegen Bezugschein erfolgen, welche die städtischen Bezugsstellen ausstellen und die mit dem Kaufpreis der Kommunalware versehen sind...

Der Bezugscheinpflicht unterliegen alle Artikel der Kommunalware, einschließlich Soda, Weibwaren, Hausrat und andere Artikel, die von dem Reichsbezugscheinverfahren befreit sind oder noch befreit werden.

Die Verkaufsgeschäfte haben die Kleinverkaufspreise einzuhalten, welche ihnen von der Bezugsstelle vorgeschrieben und ausgedrückt öffentlich bekannt gemacht worden.

Table with 2 columns: Item name and Price. Items include Kartoffeln, Karotten, Gelbe Rüben, etc. Prices are listed in Pfund and Mark.

Die Höchstpreise für Gemüse sind vom Stadtrat, die Höchstpreise von der Preisprüfstelle bewilligt worden.

Verkauf, hat Abdruck dieser Bekanntmachung (Bekanntmachung) im Verkaufsraum anzufügen bzw. beim Kauf mit sich zu führen.

Mannheim, den 23. Januar 1919.
Städtisches Preisprüfungsamt.
Dr. Hofmann.

Einladung.
Den Bürgerauschuss berufe ich zu einer Besprechung auf Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 4 Uhr...

- 1. Herstellung von Straßen im Gebiet der 6. Sandgrube zwischen Wohlgelegenstraße, Kronprinzen-, Koberg- und Kaiserstraße
2. Herstellung von Straßen und Entwässerungsanlagen in den Gemarkungen Wasserleit und Unterfeld im Gebiet der Heidenheim...

Städtische Sparkasse Mannheim.
Der Josef Klein, Kaufmann in Vödenfeld in Westfalen, hat den Verkauf des von der Stadt Mannheim auf seinen Namen angekauften Sparbuchs Nr. 66006...

Bach-Verein, Heidelberg
Montag, den 27. Januar 1919
abends pünktlich 7 Uhr
Neues Kollegienhaus
Fünftes Konzert
unter Leitung von Herrn Dr. Hermann Poppen...

MARIA GANNINGER
FRIEDRICH SPRECKERT
Verlobte
Heddesheim Mannheim
Im Januar 1919.

Hansi Sauer
Ludwig Kindermann-Amler
Verlobte
Mannheim, Januar 1919.

Iwan Moos
Lina Moos geb. Lilien
Vermählte
Mannheim, 25. Januar 1919
August-Laney-Loge

Öffentliche Versteigerung.
Dienstag, 28. Januar 1919, nachmittags 2 Uhr, werde ich am Lagerort C 4, 9a vier gemäß § 373 d. G. B. geordnete Sachen...

Öffentl. Versteigerung.
Montag, den 27. Januar 1919, mittags 12 Uhr werde ich im Hofenstadel vier gemäß § 373 d. G. B. gegen Barzahlung öffentlich versteigern:

Haus- u. Taschenuhren
werden schnell und sorgfältig repariert. Komme ins Haus.
Schleich, Uhrmacher Große Bergstraße 43.

Unmoderne in Krügen u. Mäßen ungebraucht, 149a F 4, 3, tartre.
Neu eingetroffen Phonographenwalzen

Badische Feuerversicherungs-Bank
Karlsruhe i. B.
Versicherung gegen Feuer-, Einbruchdiebstahl-Schäden.
Näheres durch die Generalagentur Karlsruhe, Karlsruherstr. 84, Fernsprecher Nr. 332...

Koks, Koksgrus
Schlamm und Braunkohle
kann mit
Evaporator Unterwindfeuerung
für
Dampfkessel, Lokomobilen und Industrieöfen
erfolgreich und wirtschaftlich verfeuert werden.
Deutsche Evaporator A.-G. Zweigbüro Mannheim
D 1, 9. Telefon 287

Gmil Steinruck
Heidelberg
Verlangen Sie Spiralbohrer-Katalog und Lagerlisten

Schweiz!
Nehme noch einige Aufträge in die Schweiz oder Befragungen darin in kürzester Frist nächster Tage vor.
M. Hankb, N 2, 18b, Baden auch auf Hann.

Unterricht
Französisch! Englisch!
Am 2. Februar 1919 beginnen Abend- und Nachmittags-Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene jeder Stufe.
Lehrkräfte: Staatsgepr. akad. geb. m. Auslandspraxis u. ausl. Lehrerrinnen.

Gesangs-Unterricht
Angebote unter S. V. an die Geschäftsstelle.
Nachhilfeunterricht
in Französisch, Englisch, Latein, Griechisch, etc.

Grundl. Klavier-Unterricht
Näheres Näheres, P. A.
gebild. Fräulein
Gesangs-Unterricht
Angebote unter S. V. an die Geschäftsstelle.

Die Wirtschaftlichkeit bei den Städte-Entwässerungsverfahren
Dr. Ing. Th. Heyd, Darmstadt.
204 Seiten 8 in Leinen-Einband mit Zeichnungen und Plänen. Preis 20. & -
Zu beziehen durch
Druckerei Dr. Haas
Mannheimer General-Anzeiger
E 6, 2

Hartholz
Buchen und Eichen für Hausbrand
Zentralheizung
Industrie
Tannenklötze, Bündelholz
Kohlen-Bender
G. m. b. H. Ca 30
Fennruf 224 Neckarvorlandstrasse 31.33







National-Theater

Sonntag, den 26. Januar 1919. 26. Vorstellung im Rahmenplan C

Das Christelflein

Anfang 6 Uhr. Hohe Preise. Ende 8 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten

Sonntag, den 26. Januar 1919.

Der Raub der Sabinerinnen

Anfang 7 1/2 Uhr. D104. Ende 9 1/2 Uhr.

Rosengarten—Mannheim—Nibelungensaal.

Sonntag, den 26. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr

Konzert- und Vortrags-Abend

Mitwirkende:

Kilian'sches Männer-Sextett

Mitglieder des Landes-Theaters Karlsruhe. Auffällige Leitung: Herr Opernsänger Eugen Kalmbeck...

Das Konzert findet bei herrlichem Wetter... Programm sind am Konzertabend im Rosengarten zu haben.

Weinstube Zimmermann.

Täglich abends von 7-10 Uhr

erstkl. Künstlerkonzert.

Julie Zimmermann.

Dreh- und Bohrmaschinen... Maschinen- u. Modellbauern zur Verfügung.

Kirchen-Anfrage.

Evangelisch-protestantische Gemeinde

Trinit.-K.: Morg. 9 Uhr... Sonntag, den 26. Januar 1919.

Trinit.-K.: Dienstag, 28. Jan., abends 8 Uhr... Sonntag, 26. Jan., abends 7 1/2 Uhr.

Evangelisch-luth. Gemeinde. Diakonissenkapelle P 7, 29 Sonntag nachm. 5 Uhr.

Katholische Gemeinde (St. Johannis). Sonntag, 26. Jan., vormittags 10 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 26. Jan., abends 5 Uhr.

Mannheimer Stadtmission. Sonntag, 26. Jan., abends 7 1/2 Uhr.

Evangelisches Vereinshaus, K 2, 10. Sonntag 11 Uhr: Sonntagsschule für Kinder...

Large advertisement for 'UT' (Theater) featuring 'Ab Samstag u. folgende Tage Ein neuer Schlager! 4. Joe Deeb's-Film! Die Krone von Palma' and 'Der Spekulant auf dem Heiratsmarkt'.

Privat-Tanz-Institut Heinrich Ungeheuer... Beginn der neuen Kurse am Dienstag, 4. Februar...



Verbindlich nur bis 14. Februar. Saat-Erbsen, rotblütige... das Viertel-Pfund 20 Pf.

Lampen für Gas und Elektrizität in allen Preislagen. Peter Bucher L 6, 11.

Tapezier-Arbeiten sowie Täuschen von Küchen u. Decken übernimmt Gg. Jost, G 4, 4.

Nähmaschinen... bayer. Nähmaschinenfabrik... Nähmaschinen...

Wohlfühl-Apparat... besseres Herr Anschluß... Wohlfühl-Apparat...

Wo... Wohlfühl-Apparat... Wohlfühl-Apparat...

Englisch. Gebild. Dame mit engl. Muttersprache... Unerricht... Primanerin...

Skat-Anschluß... Skat-Anschluß...

Sportplatz Waldhof. Endhaltestelle der Linie 3. Spiele der Vorfrühdensrunde... Am Sonntag, 2 1/2 Uhr nachmittags...

Vortrag: „Gott, Bibel und Offenbarung.“... Sonntag, den 26. Januar abends 8 Uhr...

Was will der Lebensbund? Der „Lebensbund“ bemüht sich mit beispiellosem Erfolge seit 1914 das zu erfüllen...

Wollen Sie rasch ein Geschäft, Haus, Villa, Hofgut, Land, Wald, Acker...

Herrenfriseur-Geschäft... neu eingerichteten Damensalon... H. Bromberger, P 2, 6

Spezial-Herde für Kleinwohnungen... Wamsler-Werke München... Christian Hohlweg...

Christian Hohlweg Spezialhaus für kaufm. und techn. Bürobedarf... Papiergroßhandlung...